



GEMEINSAM  
RHEINLAND-PFALZ  
GESTALTEN



Arbeitsgemeinschaft  
der Beiräte für  
Migration und Integration  
Rheinland-Pfalz

# NEWSLETTER

## Editorial

Liebe Leser\_innen,

am Mittwoch, den 14. Mai 2014, stimmte der rheinland-pfälzische Landtag über eine Erweiterung des Wahlrechts der Beiräte für Migration und Integration ab. Das aktive Wahlrecht haben nun neben den ausländischen Einwohner\_innen, Eingebürgerten, Spätaussiedler\_innen und Einwohner\_innen mit deutscher und ausländischer Staatsangehörigkeit auch deren Kinder. Wählen und kandidieren darf jetzt, wer vor dem 23. November 1996 geboren ist.

„Wir begrüßen die Senkung sehr und hoffen, dass junge Menschen die Arbeit der Beiräte mitgestalten werden“, so Nurhayat Canpolat, Geschäftsführerin der AGARP. Daher widmen wir diesen Beiratswahlen-Newsletter den jungen Menschen, den jungen Interessenten und Kandidat\_innen für die kommenden Beiratswahlen für Migration und Integration.

Ministerin Irene Alt bezeichnet die Beiräte als „Motoren der Integration“ und betonte bei der feierlichen Kick-off Veranstaltung am 23. April 2014 im Kurfürstlichen Schloss Mainz, dass sie nicht nur Integrationsministerin, sondern auch Ministerin für Frauen, Familien, Kinder und auch Jugendliche, natürlich auch für junge Menschen mit Migrationsgeschichte ist. In ihrem Grußwort weist sie auf die Bedeutung der Beteiligung von Jugendlichen mit Migrationsgeschichte hin.

Die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre wird in diesem Newsletter aus unterschiedlichen Perspektiven diskutiert. „Das Wahlalter auf 16 zu senken, ist ein deutliches Signal an die Jugendlichen, dass ihre Partizipation gewollt ist und sie ernst genommen werden“, so die grüne Landtagsabgeordnete und jugendpolitische Sprecherin Pia Schellhammer. Der jugendpolitische Sprecher und Landtagsabgeordnete

der SPD-Fraktion Benedikt Oster sieht darin eine Chance für die kommenden Landtagswahlen. „Natürlich hätten wir gerne das aktive Wahlrecht auf Landesebene, schließlich erfolgt es bereits bei den Landtagswahlen in drei Bundesländern und bei den Kommunalwahlen in acht Bundesländern“, so Benedikt Oster im Gespräch mit der AGARP. Ellen Demuth, jugendpolitische Sprecherin und Landtagsabgeordnete der CDU, sieht hingegen die Aufgabe von integrationspolitischer Arbeit und Begleitmaßnahmen für junge Menschen primär in der Schule: „Das Demokratieverständnis muss vermittelt werden und mit vielen Beispielen gestärkt werden.“ Lesen Sie dazu die Interviews auf Seite 5.

Es gibt viele Gründe für Jugendliche sich in den Beiräten zu engagieren. Lesen Sie auf Seite 6 und 7 was Themen sind, die junge Menschen motivieren sich im Beirat einzubringen.

Eine Aufgabe der AGARP, der Beiräte und aller Kooperationspartner\_innen wird nun sein, junge Menschen aktiv in die Wählermobilisierung und auch Kandidat\_innenfindung einzubeziehen und gezielt anzusprechen.

„Motivieren Sie daher junge Menschen vor Ort, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen“, so der kommissarische Vorsitzende der AGARP Aleksandar Ceh. Unsere Beiräte stehen auf starken Säulen, sei es die politische Erfahrung der Berufenen, das Fachwissen der Mitglieder, unterschiedliche Migrationsgeschichten oder kluge integrationspolitische Ziele. Diese Expertise muss für junge Menschen attraktiv gestaltet und zugänglich gemacht werden, damit die Themen Migration und Integration weiterhin Querschnittsaufgabe bleiben.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen  
Ihr AGARP-Redaktionsteam

Nr. 02 / Juni 2014

## Inhalt

Editorial	1
Grußwort der Ministerin Irene Alt	2
Die jugendpolitischen Sprecher_innen der Landtagsfraktionen im Gespräch	3
Pervin Taze im Gespräch	4
Yuliya Gorbunova im Gespräch (AGABY)Frauen!	5
Doppelte Staatsbürgerschaft	6
Frauen! Willkommen in Speyer	6
Asiatische Diaspora	7
„Like-Attack“	7
Antirassistisches Kabarett	7
Politische Satire	7
Termine	8

## Impressum

### Herausgeberin:

AGARP. Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration in Rheinland-Pfalz  
Frauenlobstr. 15-19  
55118 Mainz

### Redaktion und Texte:

J. Adler, N. Canpolat,  
A. Eppinger, I. Hoensch,  
F. Kocatürk, Z. Saadoun,  
E. Secker, S. Soendgen,  
S. Steller, H. Tor,  
C. Wittmer

### Kontakt

Wahl14.agarp.de  
www.agarp.de  
info@agarp.de  
Tel. 06131/ 638435

## Junge Menschen sind die Zukunft unserer Demokratie

### Grußwort der Ministerin für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen Irene Alt Rheinland-Pfalz



Sehr geehrte Damen und Herren!

„Wir brauchen die Herausforderung der jungen Generation, sonst würden uns die Füße einschlafen“, hat der ehemalige Bundeskanzler Willy Brandt gesagt. Recht hatte er: Junge Menschen bringen neue Perspektiven ein, neue Themen und neue Ideen. Sie stecken voller Energie, Zuversicht und Enthusiasmus. Sie sind offen dafür, die Welt zu verändern. Junge Menschen sind die Zukunft unserer Demokratie. Daher ist es ganz besonders wichtig, sie frühzeitig in unsere demokratischen Prozesse einzubinden.

Auch für die Beiräte für Migration und Integration in Rheinland-Pfalz ist es deswegen von großer Bedeutung, dass sich junge Frauen und Männer hier engagieren. Ich würde mich sehr freuen, wenn die anstehenden Wahlen in diesem Jahr junge Bürgerinnen und Bürger dazu bringen, in den Integrationsbeiräten aktiv zu werden. Wir sollten die junge Generation unbedingt für die Beiratsarbeit begeistern. Denn die Beiräte sind einer der Bausteine für erfolgreiche Integrationspolitik vor Ort. Hier können junge Men-

schen ihre Sichtweisen darlegen und so direkt Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen. Hier können Sie ihr Lebensumfeld mitformen. Hier in den Beiräten können Sie die Zukunft mitgestalten.

Für junge Menschen mit Migrationshintergrund, die noch nicht im Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft sind, ist vor allem aber die Einbürgerung eine gute Option, um voll politisch mitentscheiden zu können. Durch die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten sie das aktive und passive Wahlrecht für Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europawahlen. Und an den Beiratswahlen bleiben sie genauso beteiligt wie jetzt auch, denn als deutsche Staatsangehörige können sie bei den Wahlen zu den Beiräten ebenso wählen und sich wählen lassen.

Die Mitglieder der Beiräte für Integration und Migration – darunter viele Frauen – leisten hochgeschätzte Arbeit, für die ich mich ganz herzlich bedanke. Integration braucht viele Unterstützerinnen und Unterstützer. Die Integrationsbeiräte gehören zu den aktivsten und innovativsten Akteuren auf diesem Feld in den Kommunen in Rheinland-Pfalz. Eine hohe Wahlbeteiligung wäre die beste Form der Anerkennung ihrer Arbeit: Deshalb rufe ich alle Wahlberechtigten – und insbesondere junge Menschen – dazu auf: Nutzen Sie ihr demokratisches Recht und gehen Sie am 23. November 2014 wählen.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Irene Alt'. The signature is fluid and cursive.

Irene Alt

Ministerin für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen Rheinland-Pfalz

## Die jugendpolitischen Sprecher\_innen der Fraktionen im Gespräch

**Benedikt Oster, MdL**



**Herr Oster, Sie setzen sich bei den Beiratswahlen für Migration und Integration für das Wahlalter ab 16 ein. Welche Möglichkeit bietet sich nun der Landespolitik durch die Wahlaltersenkung, was die kommenden Beiratswahlen betrifft?**

Erst mal muss ich sagen, dass die AGARP jetzt eine große Chance zur Vorbildarbeit hat. Denn Sie können die negativen Stimmen widerlegen, indem Sie viele 16- bis 18jährige an die Urne bekommen, die sich für Integration interessieren. Warum sollen die jungen Menschen nicht mitentscheiden dürfen? Schließlich geht es um ein Wahlrecht und nicht um eine Wahlpflicht. Und man muss sehen, dass auch die Beiräte Politik machen, und zwar gute. Es ist eine Chance, um sich in der jeweiligen Kommune zu profilieren. Und diese Gelegenheit bietet sich auch den jungen Menschen. Und, das muss ich sagen, es ist auch ein Stück weit Vertrauen und Wertschätzung der Landespolitik gegenüber den Beiräten. Würden wir nicht allen 16jährigen die Reife zutrauen, hätten wir es nicht in Angriff genommen.

**Wie erleben Sie denn die Beiräte? Und wie sehen Sie die Zusammenarbeit zwischen Kommune und Beirat?**

Ich erlebe es bei mir auf der kommunalen Ebene, wie wertvoll die Beiräte sind. Auch in entscheidenden und kniffligen kommunalpolitischen Fragen. Die Beiräte sind ein offiziell gewähltes Instrument und haben einen Anspruch darauf, wahrgenommen zu werden. Leider steht und fällt das mit den vor Ort dafür Verantwortlichen, da müssten die Beiräte mehr Lobbyarbeit betreiben, Gesprächsanfragen dürfen da nicht erlöschen. Aber es gibt viele Kommunen, in denen die Zusammenarbeit vorbildlich verläuft. Diese Arbeit muss kontinuierlich weitergehen, dann wird sich ein Beirat als Instrument weiterhin etablieren.

**Pia Schellhammer, MdL**



**Frau Schellhammer, welche Partizipationshemmnisse sehen Sie als jugendpolitische Sprecherin bei den jungen Menschen?**

Ganz klar ist für mich: Junge Menschen können in unserem Bildungssystem, so wie es momentan besteht, Beteiligung nicht genügend im eigenen Umfeld erleben. Kinder und Jugendliche müssen mitentscheiden können. Sie müssen die positiven und negativen Auswirkungen der eigenen Entscheidungen erleben können, denn diese Erlebnisse übertragen sie später auf unsere Demokratie.

**Wo sehen sie die Aufgabe der Beiräte für Migration und Integration was die integrationspolitische Arbeit für junge Menschen betrifft? Und welche Aufgabe fällt dabei der Kommunalpolitik und der Verwaltung zu?**

Da die Beiräte die politische Vertretung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund sind, ist es natürlich auch ihre Aufgabe die Belange und Bedürfnisse von Jugendlichen mit Migrationshintergrund gegenüber der Stadtverwaltung zu verdeutlichen und Schwerpunkte zu setzen. Das Wahlalter auf 16 zu senken, ist ein deutliches Signal an die Jugendlichen, dass ihre Partizipation gewollt ist und sie ernst genommen werden. Daher ist es wichtig, dass die Beiräte ein offenes Ohr für die Belange der Jugendlichen vor ihrer Haustüre haben. Die Aufgabe der Verwaltung und der kommunalen Politik ist es, die Vorschläge und Anmerkungen der Beiräte aktiv in ihrer Politik vor Ort zu berücksichtigen und mit einfließen zu lassen. Die Beiräte müssen die Möglichkeit haben, bei kommunalpolitischen Entscheidungen, die die Bereiche Integration und Migration betreffen, mitzureden und Einfluss nehmen zu können. Dies ist ein wichtiger Schritt zur politischen und gesellschaftlichen Partizipation und kommt am Ende der ganzen Bevölkerung zu gute.

**Ellen Demuth, MdL**



**Frau Demuth, im März 2013 hatten Sie sich im Landtag für den Beibehalt des Wahlalters mit 18 Jahren ausgesprochen. Denken Sie, dass durch Wahlalter 16 bei den jungen Migrant\_innen Beteiligungshemmnisse abgebaut werden?**

Ich befürworte den Glauben von SPD und Grüne, dass es so sein könnte. Ich glaube aber nicht, dass es so ist. Durch eine bloße Absenkung des Wahlalters werden wir Jugendliche nicht besser erreichen. Außerdem wissen wir von anderen Bundesländern, in denen dieser Versuch unternommen wurde, dass in der jungen Altersgruppe extreme Parteien gewählt werden und die Wahlbeteiligung nicht besonders hoch war. Wir brauchen mehr begleitende Maßnahmen, bessere Heranführungsweisen in der Schule an die Themen Demokratie, Beteiligung, politische Aufklärung. Ein so wichtiges Instrument sollte nicht missbraucht werden, um übereilte Entscheidungen zu treffen, die keine Begleitmaßnahmen beinhalten.

**Bei wem sehen Sie die Aufgabe integrationspolitische Arbeit und Begleitmaßnahmen für junge Menschen durchzuführen?**

Ich sehe dort primär die Schule. Das Demokratieverständnis muss vermittelt werden und mit vielen Beispielen gestärkt werden. Auch von den Eltern kann man Begleitung erwarten, allerdings wissen wir aus der Praxis, dass sie nicht immer stattfindet.

**Und welche Rolle fällt dabei der Kommunalpolitik zu, um junge Menschen besser zu erreichen?**

Die Aufgabe der Kommunalpolitik ist es, die Themen die in den Gremien besprochen werden, für Jugendliche verständlich zu erklären. Und auch in Medien zu erklären, die Jugendliche konsumieren. Dadurch erreicht man alle Jugendliche, egal ob mit oder ohne Migrationsgeschichte.

## Wir stellen Ihnen aktive junge Menschen aus den Beiräten vor

### Pervin Taze im Interview: „Ich werbe für mehr junge Menschen in den Beiräten!“



Auf der Auftaktveranstaltung am 23. April 2014 der Beiratswahlen für Migration und Integration 2014 im Kurfürstlichen Schloss in Mainz warb Pervin Taze, seit 2009 aktives Beiratsmitglied in Zweibrücken, um mehr junge Menschen für die Beiratswahlen für Migration und Integration 2014 und stellte ihre Visionen vor.

Hier das Interview mit Frau Taze:

***Frau Taze, Sie sind eine der wenigen jungen Menschen, die in den Beiräten für Migration und Integration vertreten sind. Wie sind Sie als junger Mensch in den Beirat hineingeraten?***

Hineingeraten, das trifft es ganz gut. Eine Arbeitskollegin machte mich damals auf eine öffentliche Ausschrei-

bung der Beiratswahlen in der Zeitung aufmerksam. Den Gedanken, dass sich ein gewähltes Gremium ausschließlich um die Belange der Migranten kümmert, fand ich spannend. Kurz darauf entschloss ich, zu kandidieren und wurde auch prompt gewählt.

***Was waren die Höhepunkte in der Amtszeit?***

Es gab sicherlich mehrere in meiner Amtszeit. Ganz besonders in Erinnerung geblieben, ist die Verabschiedung der Resolution zum kommunalen Wahlrecht für alle Migranten durch den Stadtrat auf unsere Initiative hin. In der damaligen Ratssitzung war ich mit dabei und hatte ein mulmiges Gefühl, weil ich nicht sicher war, ob wir unseren Antrag durchbringen werden. Die Resolution wurde mit einer knappen Mehrheit verabschiedet. Das war für uns ein großes Erfolgserlebnis.

***Auf der Auftaktveranstaltung haben Sie Ihre Visionen für das Beiratswahljahr 2014 dargestellt. Sie werben für mehr junge Menschen in den Beiräten engagieren?***

Generell finde ich es wichtig, dass junge Menschen Verantwortung übernehmen, sich in die Gesellschaft einbringen und eigene Ideen entwickeln. In welcher Form sie sich engagieren, ist erst einmal zweitrangig. Aber auch vor dem Hintergrund, dass der Anteil -

der jungen Menschen in der Bevölkerung in Deutschland sinkt, ist es nur logisch, die Jugend ernst zu nehmen, sie als gleichberechtigten Partner in allen Zukunftsfragen wahrzunehmen. Was die Lebenswirklichkeiten von jungen Menschen angeht, können diese besser von Jungen aufgegriffen aber auch begriffen werden. Die Mitbestimmung sowie Mitwirkung junger Menschen kann sich also nur positiv auf die Beiratsarbeit auswirken.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass mit Blick auf steigende rechtsextreme Tendenzen gerade junge Menschen mit ausländischen Wurzeln für ein vorbehaltloses und solidarisches Miteinander eintreten sollten, um dem Trend entgegenzuwirken. Und solange es noch kein kommunales Wahlrecht für alle gibt, ist dies für die meisten die einzige Möglichkeit, sich kommunalpolitisch zu engagieren. In die Zukunft zu investieren, kann also nie verkehrt sein, egal in welchem Bereich.

***Wie wollen Sie und der Beirat Zweibrücken für junge Menschen werben?***

Die Kampagne für die bevorstehenden Beiratswahlen im November der Landesregierung gemeinsam mit der AGARP ist sicherlich hilfreich, mehr junge Menschen für die Beiräte zu gewinnen.

Die Hauptlast liegt bei den Beiräten. Sie sollten versuchen, gezielt junge Leute anzusprechen, ihnen die Beiratsarbeit näher bringen und sie letztlich für eine Kandidatur motivieren. Alle Mitglieder müssen eine Menge Überzeugungsarbeit leisten.

## Wir stellen Ihnen aktive junge Menschen aus den Beiräten vor

### Yuliya Gorbunova im Interview: „Ich hatte Glück, nach unendlichem Warten und Hoffen durfte ich in Deutschland bleiben!“



Yuliya Gorbunova kandidiert für den Beirat in Erlangen. Sie ist 30 Jahre alt und kam vor 10 Jahren aus Russland nach Deutschland.

Frau Gorbunova studierte Germanistik und Skandinavistik und engagiert sich im Projekt „Die Begleiter“, im Projekt „Deutsch-Offensive“ und arbeitet als Mitarbeiterin der AGABY (Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migrantinnen- und Integrationsbeiräte Bayerns) in dem Projekt „Beruflich anerkennt?!“.

Hier das Interview mit Frau Gorbunova:

***Frau Gorbunova, Sie kandidieren für den Ausländer –und Integrationsbeirat der Stadt Erlangen. Was ist Ihr Hauptanliegen?***

Um es in einem Satz zu sagen: Ich möchte meine beruflichen Kompetenzen im Interesse der Migrantinnen und Migranten einbringen, damit der Dialog zwischen den Menschen besser gelingt.

***Was genau meinen Sie damit?***

Mir ist es wichtig, Migrant\_innen zu unterstützen und ihre Interessen in der Öffentlichkeit zu vertreten. Viele Einwander\_innen, aber auch Menschen mit Migrationsgeschichte, die schon immer hier leben, erleben viele Ungerechtigkeiten. Das sind z.B. alltägliche Diskriminierungen, Blicke denen man ausgesetzt ist, aber auch die Behandlung durch Behörden.

***Welche Themen sind für Sie wichtig?***

In den ersten Jahren meines Lebens in Deutschland konnte ich viel Erfahrung in unterschiedlichsten Bereichen sammeln: aufenthaltsrechtliche Fragen, Anerkennung ausländischer Qualifikationen, Diskriminierung, Spracherwerb, etc. Neben diesen Themen liegen mir die Situation von Studierenden und Flüchtlingen sowie die Familienzusammenführung sehr am Herzen.

Ich will Ihnen kurz von mir persönlich erzählen: In den letzten zehn Jahren meines Lebens habe ich sämtliche Aufenthaltstitel gehabt. Vor zehn Jahren kam ich als Au-pair Mädchen nach Bayern, ins Allgäu. 2005 begann ich an der Universität Erlangen-Nürnberg zu studieren. Die Zeugnisankennungsstelle von Bayern entschied, dass ich, weil ich mein Germanistik Studium in Russland nicht abgeschlossen habe, Sprachwissenschaften studieren sollte.

Nach dem Studium musste ich innerhalb eines Jahre einen meinem Abschluss angemessenen Arbeitsplatz suchen. Es ging also darum, ob ich hier bleiben und arbeiten konnte oder meine Koffer packen musste. Die Ausländerbehörde teilte mir dann mit, wie

die Vorrangprüfung ausgegangen ist hatte ich Glück und kam 2011 zu AGABY.

***Ihr Engagement für Studierende speist sich also auch aus der eigenen Erfahrung?***

Ja, auf jeden Fall. Auch die Schwierigkeiten, die mit dem Thema Familienzusammenführung verbunden sind, habe ich am eigenen Leib erfahren: 2013 stoßen mein Mann und ich auf die größte Hürde meines Lebens. Da mein Mann tunesischer Staatsbürger ist, er lebte und arbeitete damals noch in Tunis, bekam er ständig eine Absage von der deutschen Auslandsvertretung mich in Deutschland zu besuchen.

Um ihn zu sehen, musste ich zu ihm fliegen und da ich russische Staatsbürgerin bin, brauchte ich für jeden Besuch ein Visum! Nach drei Jahren hin und herfliegen, beschlossen wir zu heiraten. Auch dies war mit verschiedenen Schwierigkeiten verbunden. Seit Februar dieses Jahres lebt mein Mann in Deutschland. Mit meinem Mann erlebe ich den Integrationsprozess neu.

***Warum sollten die Wähler\_innen Ihnen ihre Stimme geben?***

Ich will meine Erfahrung weiter geben, damit die Hürden, die ich überwinden musste, abgebaut werden. Ich will mich für Menschen einsetzen, die restriktiven aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen unterliegen und deren Problemen und Sorgen sichtbar machen, damit die Mehrheitsgesellschaft und die Politik diese Problemen wahrnimmt und etwas ändert.

Die Arbeit im Beirat bietet dafür die Möglichkeit.

## Doppelte Staatsbürgerschaft: Gibt es auch künftig nicht für alle und nur mit Wenn und Aber

### Kinder von Drittstaatsangehörigen sollen ab ihrem 21. Geburtstag dauerhaft die doppelte Staatsbürgerschaft bekommen können, wenn sie bestimmte Bedingungen erfüllen

Am 8. April 2014 hat die Bundesregierung den Gesetzesentwurf zur Änderung der Optionspflicht im Staatsangehörigkeitsrecht beschlossen. Der Gesetzesentwurf sieht vor, dass in Deutschland geborene und aufgewachsene Deutsche in Zukunft von der Optionspflicht befreit sind. Das hört sich erst mal ganz gut an, aber wenn man sich den Entwurf genauer anschaut, zeigt sich eine Komplexität, die weder den Jugendlichen das Gefühl der Zugehörigkeit vermittelt, noch der partizipativen Gestaltung einer Einwanderungsgesellschaft dient.

#### Was bedeutet in Deutschland geboren?

Wer nach dem 1. Januar 2000 in Deutschland zur Welt gekommen ist und ein Elternteil hat, das mindestens acht Jahre in Deutschland gelebt hat und zum Zeitpunkt der Geburt ein unbefristetes Aufenthaltsrecht hatte, gilt nach dem Gesetzesentwurf als in Deutschland geboren. Aufgrund einer Übergangsregelung konnten die Eltern von den zwischen 1990 und 1999 in Deutschland Geborenen einen Antrag auf einen Doppelpass stellen. Wer dies nicht gemacht hat, profitiert auch nicht von der neuen Regelung.

#### Was bedeutet in Deutschland aufgewachsen?

Wer sich bei Vollendung seines 21. Lebensjahres acht Jahre gewöhnlich in

Deutschland aufgehalten hat, gilt als in Deutschland aufgewachsen. Wer sechs Jahre in Deutschland eine Schule besucht hat oder über einen in Deutschland erworbenen Schulabschluss oder eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügt, gilt ebenso als in Deutschland aufgewachsen. Wer diese Voraussetzungen nicht erfüllt, muss entweder die deutsche oder die ausländische Staatsbürgerschaft abgeben.

#### Was besagt die Härtefallklausel?

Im Rahmen einer Härtefallklausel gilt auch als im Inland aufgewachsen, wer im Einzelfall einen vergleichbar engen Bezug zu Deutschland hat und für den die Optionspflicht nach den Umständen des Falles eine besondere Härte bedeuten würde. Erläuterungen dazu, was ein enger Bezug zu Deutschland oder besondere Härte ist, sind noch nicht konkretisiert. In einer Antwort der Bundesregierung heißt es dazu, dass z.B. Personen, die in Deutschland geboren sind, dann aber ins Ausland gehen, dort einen Abschluss machen, der beispielsweise zu einer Hochschulzugangsberechtigung in Deutschland führt, und in Deutschland ein Studium aufnehmen möchten von der Optionspflicht befreit sind.

#### Abschaffung der Optionspflicht

Die AGARP hat in einer Resolution Bundestag und Bundesrat dazu auf

gefordert, die Optionspflicht gänzlich zu streichen. Alle Kinder, die mit der Geburt die doppelte Staatsangehörigkeit erworben haben oder sie erwerben, müssen sie auch nach der Volljährigkeit behalten können. Der neue Gesetzesentwurf ist u.a. abzulehnen, weil

- die Optionspflicht gegen das Gleichbehandlungsgebot von Jugendlichen, die unter gleichen Lebensbedingungen aufgewachsen sind, verstößt.
- die Privilegierung der Herkunft der Eltern verfassungsrechtlich nicht zu rechtfertigen ist (Jugendliche aus den Mitgliedsstaaten der EU und der Schweiz sowie Jugendliche die ihre „Heimatstaatsangehörigkeit“ nicht aufgeben können, unterliegen nicht der Optionspflicht) und eine Ungerechtigkeit darstellt, die Jugendliche betrifft.
- die Optionspflicht integrationspolitisch hinderlich ist.

Es ginge einfacher und gerechter: die Bundesregierung könnte die Optionspflicht abschaffen und sich dafür auf das Europäische Übereinkommen zur Staatsangehörigkeit beziehen, das Mehrstaatigkeit als grundsätzlich möglich bezeichnet. Oder auf das Grundgesetz, das keine Vermeidung von Mehrstaatigkeit verlangt.

## Frauen! Willkommen in Speyer

### Reflexionsseminar für weibliche Beiratsmitglieder und Kandidatinnen

Am 17. Mai 2014 fand in Speyer ein Reflexionsseminar für Frauen statt. Unter dem Motto „Mehr Frauen in die Beiräte – Kandidatinnengewinnung für die Beiratswahlen für Migration und Integration 2014“ fanden sich mehrere Interessentinnen zusammen, um gemeinsam mit Frau Havva Tor und Herrn Carlos Wittmer von der AGARP über die letzte Legislaturperiode nachzudenken und Optimierungsschritte für die Zeit bis 2019 zu setzen.

Ein gelungener Impuls kam von Referentin Frau Birgit Blum-Kipphan, Geschäftsführerin des Landesfrauenbeirats RLP, die Anregungen und Informationen rund um das Ehrenamt von Frauen gab. Frau Blum-Kipphan verriet, dass es mehr Interessierte als Aktive im Ehrenamt gebe und wies auf Strategien der Kandidatinnenansprache hin.

Im Anschluss an den Vortrag reflektier-

ten die Teilnehmerinnen über Themen wie „Anwesenheit bei den Beiratssitzungen“, „Zusammenarbeit mit der Kommune und den Berufenen“ und „Wirksamkeit eines Beirats“.

Einig waren sich alle, dass die Anwesenheit eines Beirats in der Kommune unschätzbar wichtig sei und dass der hohe Frauenanteil unter den Mitgliedern eine bedeutende Stärke darstelle, die beibehalten werden sollte.

## Die junge Seite - Die junge Seite - Die junge Seite - Die junge Seite

Nachfolgend finden sich Artikel, Informationen sowie Aktivitäten, die für Jugendliche interessant sein können. Beispielsweise hat der Beirat im Rhein-Lahn-Kreis eine Veranstaltung mit dem Kabarettisten Mussin Omurca geplant.

## Asiatische Diaspora in Deutschland

### Dossier der Heinrich-Böll-Stiftung

Das Dossier „Asian Germany – Asiatische Diaspora in Deutschland“ gibt Einblick in die Vielschichtigkeit asiatisch-deutscher Lebenswelten und Identitäten. Die Selbstbezeichnung „Asiatische Deutsche“ ist eine neue Kategorie, um Identifikationsprozesse und komplexe kulturelle Verortungen

von Menschen zu analysieren, die in Deutschland als asiatisch markiert werden. Dieser Ansatz versucht eine politisch-analytische Perspektive zu entwickeln, die nicht nur die fortschreitende Pluralisierung von Deutsch-Sein zur Sprache bringt, sondern ebenso nach den Konturen, Strukturen und

Geschichten der asiatischen Diaspora in Deutschland fragt. Mittels literarischer Verdichtungen, Gesprächen und oral history-Narrationen, sowie fotografischen wie analytischen Essays wird postmigrantisches Leben aus asiatisch-deutschen Perspektiven reflektiert. Die Broschüre finden Sie [hier](#) !

## „Like-Attack“

### Der Verein „Laut gegen Nazis“ ruft zur „Überfremdung“ der NPD Facebook-Seite auf



Am diesjährigen Internationalen Holocaust-Gedenktage (27.01.2014) rief der Hamburger Verein "Laut gegen Nazis" Menschen mit Migrationsgeschichte

dazu auf, die Facebook-Seite der NPD zu liken und anschließend mit positiven, anti-rassistischen Sprüchen und Bildern zu überfluten. In dem Video-Aufruf heißt es: „Wir machen die Facebook-Seite der NPD bunt statt braun oder mit den Worten der Rech-

ten: „Wir überfremden sie“. Mehr als 100.000 Menschen beteiligten sich in den ersten 48 Stunden an der Aktion „Like Attack“. Das Video zu dem Aufruf gibt es [hier](#). Darin findet sich auch der wichtige Hinweis: „Und nach der Aktion entliken nicht vergessen!“

## Antirassistisches Kabarett

### Mussin Omurca fordert Rechte und Anerkennung für Migrant\_innen



Mussin Omurca (ehemals Muhsin Omurca) gründete zusammen mit Sinasi Dikman das erste deutsch-türkische

Kabarett „Knobi-Bonbon“. In seinem jetzigen Bühnenprogramm geht es um die gesellschaftliche und politische Praxis im Umgang mit dem Thema Migration. Mussin Omurca zeigt Differenzen der rechtlichen Gleichstellung und die Praxis alltäglicher Ein- und

Ausschließungen auf. In seinen Sketchen zeigt er, was es für die Betroffenen bedeutet, sich den normativen Vorstellungen der Mehrheitsgesellschaft anzupassen.

Weitere Informationen [hier](#).

## Politische Satire

### Strategien gegen Alltagsrassismus und Sichtbarmachung weißer Privilegien



In Mutlu Ergüns Buch »Kara Günlük - Die geheimen Tagebücher des SESPERADO« zählt der Sesperado nicht nur die Tage bis zur R.O.C., der Revolution of Color,

dem Tag an dem sich alle People of Color (P.O.C.) vereinen, er trägt, oft auch auf sehr komische Art und Weise, mit seinen *Lyrical-Guerrilla*-Strategien dazu bei, diesen Tag näher zu bringen.

In *Kara Günlük* erfahren wir zum Beispiel, was man alles auf die Frage »Wo kommst du heeeeer« antworten

kann und was passiert, wenn ein P.O.C.-Revolutionär zur Bundeswehrmusterung gerufen wird.

Die Tagebücher sind eine sehr amüsante Anleitung, wie man sich gegen (Alltags-) Rassismus wehren kann.

ISBN 978-3-89771-600-1

## Termine - Termine - Termine - Termine - Termine - Termine

- 04.06.2014** **Idar-Oberstein**, KICK OFF-Veranstaltung, 18:30 Uhr im Sitzungssaal der Stadtverwaltung, Georg-Maus-Straße 2, 55743 Idar-Oberstein
- 04.06.2014** **Andernach**, Qualifizierungsseminar „Öffentlichkeitswirksame Wahlstrategien“, 16 – 19 Uhr, Haus der Familie, Gartenstraße 4, 56626 Andernach
- 13.06.2014** **Mainz AGARP**, Mitgliederversammlung, 16:00 Uhr im Abgeordnetenhaus, Raum 420, Kaiser-Friedrich-Straße 3, 55116 Mainz
- 14.06.2014** **Mainz**, Vertiefungsworkshop "Finanzierung von Vereins- und Projektarbeit", 10 - 17 Uhr, ARBEIT & LEBEN, Hintere Bleiche 34, 55116 Mainz
- 20.06.2014** **Mainz**, Partizipationschancen für Menschen mit Flucht- und Asylgeschichte, 16:00 Uhr, Heinrich-Böll-Stiftung, Walpodenstraße 10, 55116 Mainz
- 27.06.2014** **Koblenz**, Qualifizierungsseminar "Finanzierung von Vereins- und Projektarbeit", 15 - 19 Uhr, Merhaba e.V., Handwerkerstraße 14, 56070 Koblenz
- 18.07.2014** **Neuwied**, Rheinland-Pfalz-Tag vom 18. bis 20. Juli 2014, Beginn 15:00 Uhr  
Stand der AGARP auf der Friedensmeile, Friedrichstraße, Innenstadt Neuwied